



Gewerkschaft der Polizei

Hessen

Gewerkschaft der Polizei • Wilhelmstr. 60a • 65183 Wiesbaden

Herrn Ministerpräsident
Boris Rhein
Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Straße 1
65183 Wiesbaden

Landesbezirk Hessen
Landesbezirksvorstand
Wilhelmstr. 60a
65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 99227-0
Fax: 0611 99227-27
gdp-hessen@gdp.de
www.gdp.de/hessen

18.11.2024
JM / MP

Einsparvorhaben zu Lasten der Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rhein.

Ich wende mich als Vorsitzender der GdP an Sie. Seitdem Sie im Rahmen einer Pressekonzferenz die Einsparungen für den Landeshaushalt 2025 in der letzten Woche bekannt gemacht haben, ist das Unverständnis, die Wut und die Enttäuschung bei Polizei-, Fach – und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten enorm. Uns erreichen bis heute tausende Mails aus dem Kreis der Polizei.

Mich wundert es nicht, dass viele Kolleginnen und Kollegen, die 24/7 die öfftl. Sicherheit und Ordnung gewährleisten, neben Enttäuschung und Groll auch persönliche Entscheidungen ankündigen, was künftige Motivation und Gestaltungen der Dienstabläufe anbelangt.

Die Stimmung innerhalb der Polizei ist nicht schlecht, sie ist katastrophal!

Untere Besoldungsgruppen (A 6 bis in A 10) sind die Leidtragenden. Dies betrifft über 10.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte! Der Landeshaushalt 2025 wird von Ihnen „Brückenhaushalt“ genannt. **Anmerkung: Brücken sollen verbinden, Brücken können aber auch wie die Carolabrücke in Dresden einstürzen!** Dieser „Brückenhaushalt“ verbindet nicht.

Bundesländer mit hoher Wirtschaftskraft, „Geberländer“, und Bundesländer, die als „Nehmerländer“ bezeichnet werden, stehen überwiegend zu den tariflichen Vereinbarungen (TV – L) und damit den zeit- und inhaltsgleichen Übertragungen der Tarifiergebnisse auf ihre Beamtinnen und Beamten. Beamtenrecht folgt dem Tarifrecht!

Warum ist das in Hessen nicht so? Das versteht niemand mehr! Unter anderem berichtet dazu die HNA am 15.11. aktuell.¹ Hessen brachte zwischen 2010 und 2020 jedes Jahr über 1,5 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich ein und seit 2021 sogar jährlich über 3 Milliarden Euro mit steigender Tendenz. Trotzdem wird die berechnete Besoldungserhöhung um vier Monate verschoben!

Hessen ist ein wohlhabendes Land mit einer stabilen Wirtschaft. Das Vertrauen, dass sich die christlich- soziale Landesregierung in den letzten Monaten in der Polizei aufgebaut hatte, wurde nach dieser einseitigen Belastung bei den Beamtinnen und Beamten gebrochen! Verlässlichkeit und politische Glaubwürdigkeit waren Schlagworte bei der Regierungsübernahme der christlich-sozialen Landesregierung. Viele von uns haben sich daran orientiert. Am 12.11. wurde der überwältigenden Mehrheit der Polizei-, Fach- und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten gezeigt, was Wertschätzung der Beamtinnen und Beamten in Hessen bedeutet.

Verfassungskonformität ist das Gebot der Stunde. Ausgesprochen schwach wird dieses Argument dann, wenn wir auf die verfassungswidrige Besoldung schauen. Ein verfassungskonformer Landeshaushalt 2025 lässt sich nur unter Einsparmaßnahmen aller Ressorts, aber insbesondere auf den Rücken der Beamtinnen und Beamten aufstellen. Einerseits wird die Verfassungskonformität als Kompass der Entscheidungen genutzt, andererseits nimmt die Landesregierung den Rechtsbruch der verfassungswidrigen Beamtenbesoldung hin und verweist stoisch auf die ausstehende Entscheidung des BVerfG in dieser Causa!

¹ <https://www.hna.de/wirtschaft/mehr-geld-fuer-beamte-ab-2025-diese-bundeslaender-machen-mit-zr-93412967.html>

Wie rechtfertigen Sie in Ihren Häusern bei Ihren mitarbeitenden Beamtinnen und Beamten die Tatsache, dass einerseits die Verfassungskonformität eingehalten werden muss, andererseits die seit Jahren verfassungswidrige Beamtenbesoldung „billigend in Kauf genommen wird?“

Was keiner mehr im Kreise der Polizei hören möchte: Die Beamtentätigkeit ist ein krisensicherer Beruf! Dieser Hinweis enthält, wahrscheinlich ungewollt, komödiantische Ansätze! Jede Beamtin und jeder Beamte des Landes Hessen stellt sich automatisch die Frage nach dem Wert dieser Sicherheit, wenn Arbeits- und Einkommensbedingungen im Ländervergleich auf vielen vergleichbaren Ebenen nicht mehr mithalten können! Egal welche Schätzungen oder Hochrechnungen zum Landeshaushalt veröffentlicht werden, am Ende fehlen jedem Beamten, den Familien und Kindern monatlich mehrere hundert Euro Nettolohn.

Der Einsatz von Polizei-, Rettungskräften sowie Feuerwehr ist Teil einer Kampagne der Landesregierung. Diese gelungene Respekt-Kampagne, in einigen Video - Clips dürfen **wir in Uniform sogar die Hauptrollen spielen**, wird nach der finalen gesetzlichen Entscheidung durch den Haushaltsgesetzgeber „unglaublich!“ Beamtinnen und Beamte tragen hauptsächlich dazu bei, dass in Krisenzeiten ein geordnetes Zusammenleben in der Gesellschaft überhaupt möglich ist. Fehlende politische Verlässlichkeit, die unsere Demokratie sehr stark fordert, braucht belastbare und nachweisliche politische Glaubwürdigkeit durch transparente Entscheidungen!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, warten Sie nicht, bis eine neue Bundesregierung die Schuldenbremse aussetzt. **Handeln Sie jetzt!**

Mit freundlichen Grüßen



Jens Mohrherr